

INHALT:

Coverstory: Erneuerte Sozialagenda	1
Kommentar: Zur „Euroganz“ der politischen Eliten	3
Eurobetriebsrats-RL	4
Zweijahresbericht zu sozialen Dienstleistungen	6
EU Vorschlag für LKW Maut	7
EU-Erweiterungspolitik	9
Lissabon-Agenda: Nationales Reformprogramm	10
OECD Leitsätze im Ausfuhrförderverfahren verankert	12
Neues vom EuGH	14
WTO Verhandlungen: kollektives Versagen?	15
AK Publikationen	17
Veranstaltungen	17

EDITORIAL

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Nach der Sommerpause melden wir uns mit einer dicken Ausgabe des EU-Infobriefs wieder bei Ihnen zurück. Ein Schwerpunkt dieser Nummer ist die „Erneuerte Sozialagenda“ der Europäischen Kommission, der neben der Coverstory von Christof Cesnovar noch die Beiträge unseres Gastautors Oliver Röpke zur Eurobetriebsrats-RL sowie von Valentin Wedl zu den sozialen Dienstleistungen gewidmet sind. Franz Greil erörtert den Vorschlag für eine EU – weite Bemautung des LKW Verkehrs, ein ökologisch nach wie vor zentrales Thema. Dann bringen wir auch noch eine Nachlese von Éva Dessewffy zu den gescheiterten WTO-Verhandlungen in Genf. Schließlich greift der Kommentar von Melitta Aschauer die zu Beginn des Sommers im Land allgegenwärtige EU-Debatte auf. Viel Spaß beim Lesen wünscht wie immer

Ihr Redaktionsteam ♦

ERNEUERTE SOZIALAGENDA: INNOVATIVE ANTWORTEN FÜR EINE NEUE SOZIALE WIRKLICHKEIT?

Am 2.7.2008 war es soweit, die Europäische Kommission präsentierte die lang ersehnte „erneuerte Sozialagenda“. Sie besteht aus einem Bündel an Rechtsvorschriften, Mitteilungen und Arbeitsdokumenten, die es in sich haben. Nicht nur aufgrund ihres Inhaltes, sondern auch aufgrund ihres Umfanges. Immerhin setzt sich das „umfassende und ehrgeizige Initiativpaket“, so die Europäische Kommission, aus insgesamt 19 Initiativen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales, Bildung und Jugend, Gesundheit, Informationsgesellschaft und Wirtschaft zusammen.

Von Christof Cesnovar, AK Europa (Christof.CESNOVAR@akeuropa.eu)

Ziele der erneuerten Sozialagenda

Die erneuerte Sozialagenda beruht auf drei Zielen, welche da wären: erstens mehr Chancen für die Menschen in der EU eröffnen, zweitens den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen verbessern, und drittens Solidarität mit denjenigen üben, für die der aktuelle Wandel negative Folgen hat. Auf den ersten Blick klingen diese Ziele durchaus begrüßenswert, doch gleichzeitig könnte man meinen, sie seien absolut nichtssagend. Man wird den Eindruck nicht los, wenn man sich z.B. mit dem ersten Ziel länger auseinandersetzt, dass es sich um ein Ziel handelt, welches in Wahrheit zur besseren Anpassung des menschlichen Potenzials an die Bedürfnisse von Unternehmen handelt. Und dann kommt man gleich zum zweiten Ziel, welches besagt, dass nur dann Chancen für alle entstehen, wenn die Zugangsmöglichkeiten zu hochwertigen Dienstleistungen der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen verbessert werden. Somit sollte sich nach der Diktion der Europäischen Kommission sozialpolitisches Handeln in der Gewährleistung „gleicher Ausgangspositionen“ für alle erschöpfen. Auch hier kann man sich nicht anfreunden mit dieser doch

sehr unzureichenden Sichtweise. Und dann kommt man sogleich zum dritten Ziel, welches ein doch sehr selektives ist. Ihm zufolge soll man diejenigen unterstützen bzw. Solidarität mit denjenigen üben, die aufgrund der Globalisierung und des technologischen Wandels temporär mit Übergangsproblemen konfrontiert sind. Solidarität ist ein gesellschaftspolitischer Wert und das hat die Europäische Kommission bei der Ausarbeitung der erneuerten Sozialagenda sichtlich vergessen. Wenn schon die Ziele so definiert sind, dass sie mehr Widerspruch als Zuspruch auslösen, dann könnte man meinen, dass man bei der weiteren Analyse der Instrumente bzw. des Bündels an Maßnahmen, dem eigentlichen Kern der erneuerten Sozialagenda, zum gleichen Schluss kommen wird.

Maßnahmenbündel als Antwort

Mit diesem Bündel an Maßnahmen, bestehend aus immerhin 19 Initiativen in verschiedensten Bereichen, hat die Europäische Kommission noch gegen Ende ihrer Amtsperiode einen Versuch gestartet, ihr „Image“ als Proponentin einer neoliberalen Politik zu korrigieren und die soziale Dimension Europas hervorzukehren. Fraglich ist, ob ihr dies auch gelun-